Orientierungssatz:

Die Entlassung eines Schülers, der einen Mitschüler mit einem Messer bedroht hat, von der Schule ist auch dann eine verhältnismäßige Sanktion, wenn der Entlassene für den Besuch einer anderen Schule höhere Aufwendungen - Fahrtkosten - hat und aus seinem bisherigen sozialen schulischen Umfeld herausgelöst wird.

Hinweis:

Die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 4. Juni 2012 zeigt, dass insbesondere die massive Androhung oder Anwendung körperlicher Gewalt mit harten Ordnungsmaßnahmen geahndet werden kann, ohne dass eine Überschreitung des pädagogischen Beurteilungsspielraums vorläge. Das gilt auch dann, wenn der Schüler nicht bereits mehrfach „einschlägig“ aufgefallen ist. Voraussetzung sind jedoch eine sorgfältige Ermittlung und Dokumentation des Sachverhalts (vgl. hierzu Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 13. Juni 2012, Az. 7 B 11.2651 auf dieser Homepage) sowie eine Begründung der Ordnungsmaßnahme im angefochtenen Bescheid, aus der sich der Sachverhalt, die entscheidungserheblichen pädagogischen Gesichtspunkte und die Abwägung gegen mildere Maßnahmen ergeben.

7 CS 12.451
M 3 S 11.6237

*Großes Staats-
wappen*

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

In der Verwaltungsstreitsache

vertreten durch die Mutter *****

- Antragsteller -

bevollmächtigt:

Rechtsanwälte ***** * *****
***** ** ***** *****

gegen

Freistaat Bayern,
vertreten durch:
Landesanwaltschaft Bayern,
***** ** ***** *****

- Antragsgegner -

wegen

Schulentlassung

(Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO);

hier: Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Bayerischen
Verwaltungsgerichts München vom 30. Januar 2012,

erlässt der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, 7. Senat,
durch den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgerichtshof Häring,
den Richter am Verwaltungsgerichtshof Dr. Borgmann,
den Richter am Verwaltungsgerichtshof Schmeichel

ohne mündliche Verhandlung am **4. Juni 2012**
folgenden

Beschluss:

- I. Die Beschwerde wird zurückgewiesen.
- II. Der Antragsteller trägt die Kosten des Beschwerdeverfahrens.
- III. Der Streitwert für das Beschwerdeverfahren wird auf 2.500,-- Euro festgesetzt.

Gründe:

I.

- 1 Der Antragsteller wendet sich gegen die Entlassung von der Realschule, die er besuchte, durch deren Disziplinarausschuss. Ihr liegt im Wesentlichen folgender Sachverhalt zugrunde:
- 2 Nachdem der Antragsteller von zwei Mitschülern in der Pause aufgefordert worden war, den Mitschüler L. von einer Bank vor dem Klassenzimmer wegzuzerren, nahm er sein Messer, klappte es auf, hielt es L. in einem Abstand von etwa einem halben Meter vor die Brust und forderte diesen auf, aufzustehen. L. teilte diesen Vorfall sofort danach deutlich eingeschüchtert der Klassenleiterin mit. Die herbeigerufene Polizei stellte das Messer sowie fünf Schachteln Zigaretten ohne Steuerbanderole sicher und hat den Antragsteller vernommen. Dabei hat der Antragsteller den Vorfall wie beschrieben eingeräumt, hinsichtlich der Herkunft der Zigaretten widersprüchliche Angaben gemacht und erklärt, dass er diese in der Schule mit Gewinn habe verkaufen wollen.
- 3 Nach Anhörung des Antragstellers und seiner Mutter hat der Disziplinarausschuss der Schule einstimmig beschlossen, den Antragsteller von der Schule zu entlassen. Über den hiergegen erhobenen Widerspruch wurde noch nicht entschieden. Den Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs hat das Verwaltungsgericht abgelehnt. Zur Begründung hat es folgendes ausgeführt:
- 4 Der Disziplinarausschuss habe die Entlassung verfahrensfehlerfrei beschlossen. Sie sei auch materiell rechtmäßig. Es handle sich um eine Ordnungsmaßnahme gemäß Art. 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 9 BayEUG, die von der Lehrerkonferenz oder – unter den hier gegebenen Voraussetzungen des Art. 58 Abs. 1 Satz 3 BayEUG - vom Disziplinarausschuss angeordnet werde. Die Maßnahme dürfe nach Art. 86 Abs. 7 BayEUG nur verhängt werden, wenn dem Schüler ein schweres oder wiederholtes Fehlverhalten vorzuwerfen sei. Die Entscheidung müsse sich daran orientieren, ob ein Verbleiben an der Schule im Hinblick auf die Beeinträchtigung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule oder wegen des Schutzes Dritter nicht mehr hingenommen werden könne und dem Schüler in dieser Deutlichkeit und Konsequenz vor Augen geführt werden müsse, dass sein Verhalten nicht geduldet werden könne. Der Disziplinarausschuss habe insoweit einen pädagogischen Wertungsspielraum, der gerichtlich nur daraufhin überprüfbar sei, ob die Entscheidung frei von sachfremden Erwä-

gungen sei, die Tatsachenfeststellungen einer Überprüfung standhielten und die Angemessenheit der Maßnahme gewahrt sei.

- 5 Der betroffene Mitschüler L. habe die Bedrohung durchaus als ernsthaft empfunden. Das Vorbringen der Antragstellerseite, es habe sich lediglich um einen „Spaß“ aus pubertierendem Imponiergehabe ohne ernsthafte Bedrohungsabsicht gehandelt, sei eine Schutzbehauptung, die bereits durch den Tatablauf und die unmittelbare Reaktion des Mitschülers widerlegt werde. Der Antragsteller habe das Messer nicht etwa einem guten Freund gezeigt, sondern habe es nach der Aufforderung von Mitschülern, L. von der Bank wegzuzerren, zum Einsatz gebracht. L. habe am nächsten Tag wegen des Antragstellers Angst gehabt, in die Schule zu gehen.
- 6 Die Abwägung durch die Schule sei rechtlich nicht zu beanstanden. Insbesondere sei die Verhältnismäßigkeit gewahrt. Die Entlassung sei zwar die schwerwiegendste Ordnungsmaßnahme, die nur bei grobem Fehlverhalten in Frage komme. Jedoch werde sie durch den Vorfall gerechtfertigt. Die Bedrohung eines Mitschülers mit einem Messer, dessen Klinge 8 cm lang sei, beeinträchtige massiv den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule und das Recht der anderen Schüler auf eine sichere und angstfreie Lernumgebung.
- 7 Mit seiner Beschwerde verfolgt der Antragsteller die Anordnung der aufschiebenden Wirkung seines Widerspruchs gegen die Entlassungsentscheidung weiter. Die Maßnahme widerspreche dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Das Verhalten des Antragstellers sei in keiner Weise von Ernsthaftigkeit oder Bedrohungsabsicht geprägt gewesen. Die Verletzung der Rechte des betroffenen Mitschülers und eine Gefährdung des Erziehungsauftrags der Schule sei eine bloße Unterstellung, die durch die tatsächlichen Feststellungen nicht gestützt werde. Insbesondere sei die Bedrohungsabsicht nicht näher aufgeklärt worden. Der Antragsteller sei bisher disziplinarisch unauffällig gewesen. Eine mildere Ordnungsmaßnahme, etwa die Androhung der Entlassung, wäre ausreichend gewesen. Das Verwaltungsgericht habe keine umfassende Interessenabwägung vorgenommen und habe unter anderem nicht bedacht, dass der Antragsteller aus seinem sozialen Umfeld herausgerissen werde.
- 8 Der Antragsteller beantragt,

- 9 den Beschluss des Verwaltungsgerichts München vom 30. Januar 2012 aufzuheben und die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen den Bescheid der Staatlichen Realschule Waldkraiburg vom 21. Dezember 2011 anzuordnen.
- 10 Der Antragsgegner verteidigt die Entscheidung des Verwaltungsgerichts und beantragt,
- 11 die Beschwerde zurückzuweisen.
- 12 Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf den Schriftverkehr dieses Beschwerdeverfahrens und die beigezogenen Akten des Verwaltungsgerichts und der Staatlichen Realschule Waldkraiburg Bezug genommen.

II.

- 13 Die zulässige Beschwerde, bei der nach § 146 Abs. 4 Satz 6 VwGO nur die dargelegten Gründe geprüft werden, hat keinen Erfolg. Nach der im Eilverfahren allein möglichen summarischen Prüfung wird der Widerspruch des Antragstellers voraussichtlich erfolglos bleiben. Zur Begründung wird auf die zutreffenden Gründe des angefochtenen Beschlusses Bezug genommen. Sie werden zum Gegenstand dieser Entscheidung gemacht (§ 122 Abs. 2 Satz 3 VwGO). Im Hinblick auf die Beschwerdebegründung ist auf folgendes hinzuweisen:

- 14 Dafür, dass der Antragsteller einen Scherz machen wollte, liegen nach summarischer Prüfung keinerlei Anhaltspunkte vor. Er hat nach Aufforderung durch zwei Mitschüler L. von der Bank vertreiben wollen und dabei das Messer zur Hilfe genommen. Dieses hat durchaus eine beachtliche Größe und – wie man an dem den verwaltungsgerichtlichen Akten beiliegenden, von der Polizei gefertigten Foto erkennen kann – eine Klinge, die beim Aufklappen automatisch festgestellt wird. Dieses Verhalten kann vom Opfer nur als Bedrohung gedeutet werden, was dem Antragsteller, auch wenn er noch nicht strafmündig ist, durchaus bewusst sein muss und war. Ein für L. nicht erkennbarer Vorbehalt, nicht zustechen zu wollen, ändert am Bedrohungscharakter nichts. Bedrohungen mit Gefahren für Gesundheit oder gar Leben können – auch aus generalpräventiven Gründen – an einer Schule nicht hingenommen werden. Der Zweck, insbesondere dem Antragsteller selbst vor Augen zu führen, dass die Androhung derartig massiver Gewalt unter keinen Umständen hingenommen werden kann, lässt die Ordnungsmaßnahme auch dann nicht unverhältnismäßig erscheinen, wenn in Rechnung gestellt wird, dass der Antragsteller für den Besuch einer anderen Schule höhere Aufwendungen hat und aus seinem sozialen Umfeld herausgerissen wird, das er schließlich selbst in hohem Maß gestört hat. Angesichts dessen kann bei der hier gebotenen summarischen Prüfung auch dahinstehen, ob eine eingehende Befragung des Opfers zu einer anderen Entscheidung geführt hätte. Immerhin hat L. selbst die Klassenleiterin von dem Vorfall informiert und die näheren Umstände mitgeteilt. Nach den Äußerungen der Klassenleiterin war er überaus verängstigt. Ein ähnlicher Vorfall an der Schule, der nicht mit der Entlassung geahndet wurde, vermag das Gewicht des Verhaltens des Antragstellers nicht zu relativieren und kann im Rahmen der hier gebotenen summarischen Prüfung zu keinem anderen Ergebnis führen.
- 15 Das Verwaltungsgericht geht zwar zu Recht davon aus, dass allein die Bedrohung des Mitschülers die Entlassung rechtfertigt. Es kann jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass auch der Handel mit den von der Polizei sichergestellten Zigaretten in der Schule nicht geduldet werden kann. Die Packungen waren nicht mit einer Steuerbanderole versehen, so dass eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür spricht, dass sie illegal eingeführt worden sind. Dem Antragsteller ist im eigenen Interesse nachdrücklich deutlich zu machen, dass ein solches Verhalten in der Nähe krimineller Machenschaften - nicht nur in der Schule - nicht hingenommen wird.

- 16 Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 2 VwGO. Die Streitwertfestsetzung ergibt sich aus § 52 Abs. 2, § 47 Abs. 1 Satz 1, § 53 Abs. 2 Nr. 2 GKG.

Häring

Dr. Borgmann

Schmeichel